

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Rath, Dennis Gladiator,  
Carsten Ovens, Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Die Kleinsten besser schützen – Verkehrserziehung an Kitas und Schulen ausbauen, Unfallprävention in deren Umfeld stärken**

Nachdem die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Kindern in Hamburg seit 2011 zunächst erfreulicherweise zurückgegangen war, hat es seit 2014 wieder einen leichten Anstieg auf 572 Fälle im Jahr 2017 gegeben. Diese wurden in etwa zur Hälfte von Kindern selbst verursacht, wie aus der Senatsantwort auf eine CDU-Anfrage im März dieses Jahres (Drs. 21/12146) hervorging. Eine weitere CDU-Anfrage (Drs. 21/13376) hat zudem ergeben, dass zehn bis 17 Jahre alte Kinder im Vergleich aller Altersgruppen und in Relation zum zahlenmäßigen Umfang der verschiedenen Altersgruppen mit großem Abstand die meisten Fahrradunfälle in Hamburg verursachen.

Der Verkehrserziehung an Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen sowie der Unfallprävention in deren Umfeld fällt daher weiterhin eine wichtige Funktion zu. Beides gilt es auszubauen. Es kann beispielsweise nicht sein, dass, wie durch eine zusätzliche CDU-Anfrage (Drs. 21/13487) erst kürzlich bekannt geworden ist, die Zahl der Verkehrslehrerstellen bei der Polizei Hamburg seit Beginn der Wahlperiode nicht erhöht wurde und die real zur Verfügung stehende Personalkapazität (VPK) in diesem Bereich Anfang dieses Jahres sogar niedriger war als vor drei Jahren. Auch dass sich nur fünf der derzeit 26 sogenannten Dialogdisplays in Hamburg vor Kitas oder Schulen befinden, ist nicht zufriedenstellend. Gleiches gilt für die Inaktivität des „Forums Verkehrssicherheit Hamburg“ und dessen Arbeitskreis „Kinder“ auf diesem Themenfeld. Genauso unverständlich ist, dass die Zahl mobiler Geschwindigkeitskontrollen in den letzten Jahren deutlich zurückgefahren wurde. Wurden 2011 noch 5.177 sogenannte Messeinheiten der mobilen Geschwindigkeitsmessung in Hamburg durchgeführt, waren es 2017 nur noch 3.983 (Drs. 21/12277) und davon wiederum lediglich 2.598 in sogenannten schützenswerten Bereichen (Drs. 21/13487).

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Zahl der Verkehrslehrerstellen bei der Polizei Hamburg bis Ende 2019 von aktuell 71 um 19 auf dann 90 zu erhöhen und aktuell vakante Stellen schnellstmöglich zu besetzen.
2. das „Forum Verkehrssicherheit Hamburg“ mit der Entwicklung zusätzlicher und zeitgemäßer Lerninhalte zur Intensivierung der Verkehrserziehung in Hamburger Kindertagesstätten und Schulen zu befassen. Die Ergebnisse sind der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2018 vorzulegen.
3. jährlich mindestens 6.000 Messeinheiten der mobilen Geschwindigkeitsmessung in Hamburg durchzuführen. Diese sollen schwerpunktmäßig vor sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeheimen und Krankenhäusern sowie an Unfallschwerpunkten erfolgen.

4. mindestens 20 neue Dialogdisplays in Straßen mit Kitas und Schulen in Hamburg zu errichten und der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. Dezember 2018 zu berichten. Die hierfür anfallenden Kosten sind aus den für den Aufgabenbereich 269 „Verkehr“ im Einzelplan 7 der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) veranschlagten Mitteln zu finanzieren.